



Inhaltsverzeichnis	Seite
Dank unter Freunden	1
„Die andere Seite der Welt“	3
20 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz	
Rechtsradikalismus und kein Ende	8
Heitere Stunden in Auschwitz	14
Wie deutsche Künstler ihre mordenden Landsleute im besetzten Polen bei Laune hielten	
Orte der Ausgrenzung - Frankfurter Schulen 1933 - 1945	18
Nur die Sterne waren wie gestern	28
Begegnung mit Henryk Mandelbaum	
IAK besorgt über Anstieg rechter Gewalt	30
Integriert - interessiert - deportiert	31
Buchbesprechung: Jüdische Miniaturen (Alfred Hahn)	
Verfolgten-Rente auch für NS-Opfer gefordert	32

Glückwunsch zum 85. Geburtstag

Wir gratulieren Janusz Mlynarski, Auschwitz-Häftling Nr. 355 und Gründungsmitglied der Lagergemeinschaft, ganz herzlich zu seinem 85. Geburtstag, den er am 21. Mai feierte. Lieber Janusz, wir rufen dir „Sto lat“ zu und wünschen dir eine bessere Gesundheit für dich und Ehefrau Barbara, und dass Ihr noch oft einen Spaziergang in der Sonne am Monheimer Ufer des Rheins genießen könnt.

Impressum:

Herausgeber: Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzer
Freiherr-vom-Stein-Straße 27, 35516 Münzenberg
Internet: www.lagergemeinschaft-auschwitz.de

Redaktion : Hans Hirschmann, Tel. (06101) 32010, Annedore Smith,
Albrecht Werner-Cordt

Bankverbindung: Sparkasse Wetterau (BLZ 518 500 79) Konto-Nr.: 20 000 503
Bei Spenden bitte Adresse deutlich schreiben, damit die
Bescheinigung für die Steuererklärung zugeschickt werden kann.

Titelfoto: Paul Petzold. Es entstand 2006 bei einem Besuch in Auschwitz

Dank unter Freunden

Die Lagergemeinschaft Auschwitz (LGA) hat nur eine wirkliche Verpflichtung: die Verpflichtung gegenüber den Opfern, gegenüber den ehemaligen Häftlingen. In deren Erinnerungen sind die letzten Worte ihrer Kameraden angesichts des Todes gegenwärtig. Die Überlebenden sollten leben, um der Nachwelt zu berichten, was den Inhaftierten widerfahren war. Wer der Vernichtung entkommen sein würde, sollte weitergeben, was Menschen im Lager ertragen und wahrgenommen hatten. Die nach und mit Auschwitz Weiterlebenden sollten Zeugnis ablegen auch im Namen derer, die zum Verstummen gebracht worden waren.

Diesen Auftrag hat der „Freundeskreis der Auschwitzter“ übernommen. Darin besteht die Aufgabe der Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzter e.V.

Alles andere ist nachrangig. Und alles steht unter dem Vorzeichen, das Vermächtnis der Opfer zu wahren.

Wer die Lagergemeinschaft ist und was sie nicht ist

Selbstverständlich - und so steht es auch in der Satzung - organisiert die LGA Studienfahrten. Sie bietet Veranstaltungen an. Sie publiziert Forschungsergebnisse zu Auschwitz. Sie engagiert sich im öffentlichen Raum gegen Rechtsextremismus. Sie informiert in Schulen und gegenüber den nachgeborenen Generationen. Sie arbeitet mit anderen Organisationen in Fragen der Beratung und Information zusammen. Sie pflegt Beziehungen vor allem auch zu den Vereinigungen der ehemaligen Häftlinge. Sie unterstützt aus Spenden-

mitteln kranke und traumatisierte Opfer. Sie leistet - ebenfalls aus Spenden - Finanzierungshilfe bei Projekten, die der Erforschung einzelner Aspekte von Auschwitz dienen.

Aber deswegen ist die LGA kein Reiseunternehmen, kein Veranstalter von Vorträgen, keine Historiker-Vereinigung, keine Gesellschaft zur politischen Bildung. Dies alles partiell auch, aber sie ist immer eine besondere Gemeinschaft, in Freundschaft verbunden, einem einzigartigen Auftrag verpflichtet. Es macht den Unterschied um Ganze aus, ob jemand Mitglied in der LGA wird, weil ihm eine Studienreise oder ein Vortrag gefallen hat, und wieder austritt, wenn dies nicht der Fall ist, oder ob jemand der Lagergemeinschaft und dem Freundeskreis im Bewusstsein beitrifft, dass er mit Vertrauensvorschluss in einen Kreis von Freunden aufgenommen wurde.

Rechenschaftsbericht des Vorstands

In diesem Verständnis von Freundschaft und Verpflichtung wurde auf der letztjährigen Mitgliederversammlung der Tätigkeitsbericht des Vorstands vorgetragen. Und so wird es auch auf der diesjährigen Versammlung am 22. September geschehen.

Der LGA-Vorstand hat die Freundschaft mit den ehemaligen Häftlingen vertieft. Unsere Fahrten dienen wesentlich diesem Zweck.

So werden wir während des Aufenthalts in Auschwitz vom 19. bis 24. August 2007 den Spuren der Häftlinge des 1. Transports folgen. Überlebende werden uns geleiten und vor Ort begleiten.

Unser gemeinsames Interesse gilt nicht der „Topographie“ als solcher, den Gebäuden und ihrer Funktion, den Orten der Todesmaschinerie. Wir nähern uns „Auschwitz“ durch die Erinnerungen der Inhaftierten, der Lagerinsassen, derjenigen, die heutzutage „Zeitzeugen“ genannt werden. In ihren Erlebnissen werden wir Auschwitz erfahren.

In diesen Tagen wird die LGA eine weitere Fahrt ins Lager vorbereiten, deren Anlass ein unmittelbar politischer ist. Marcel Wöll, NPD-Abgeordneter im Stadtparlament Butzbach und im Wetterauer Kreistag, hatte als offenkundiger Auschwitz-Leugner gefordert, die staatlichen Zuschüsse für Fahrten in die „so genannten Vernichtungslager“ zu streichen. Die Antwort des Kreistags: Die Abgeordneten und die politische Spitze des Wetteraukreises werden demonstrativ nach Auschwitz fahren. Die Zuschüsse werden verdoppelt. Dies wird auch Auswirkungen auf den diesjährigen Hesttag im Juni 2007 in Butzbach haben, zu dem über eine Million Besucher erwartet werden. Die LGA wird mit einem eigenen Infostand im Städtischen Museum in Butzbach vertreten sein, wo der Nachlass von Hermann Reinck, dem Gründer der LGA,

nach Voranmeldung öffentlich zugänglich ist. Wir werden uns an die Besucher wenden, um zu verdeutlichen, was Rechtsradikalismus hervorruft: Gewalt, Ausgrenzung und Vernichtung.

Wem gebührt der Dank?

Auch in diesem Jahr werden sich die Freunde in Polen für unseren Besuch in Auschwitz und für die Einladung nach Deutschland bedanken. Wir sind ebenfalls dankbar. Dafür dass wir willkommen sind und unsere Gäste die beschwerliche Reise zu uns auf sich nehmen. Bei diesem wechselseitigem Dank unter Freunden soll nicht übersehen werden, wem der Dank letztlich gilt: Die Opfer sind es, die Toten und Überlebenden. Sie haben uns ihre Lebensgeschichte anvertraut.

Albrecht Werner-Cordt



Ehemalige KZ-Häftlinge mit jungen Begleitern (Auszubildende von VW aus Kassel und Wolfsburg) an den Erinnerungstafeln in Birkenau (April 2007). Helena Znidarcic aus Slowenien (von links), Dorota und Noach Flug aus Israel sowie Marija Srpék aus Slowenien, die an diesem Tag zum ersten Mal nach ihrer Befreiung wieder in Auschwitz war.

„Die andere Seite der Welt“ - mit diesen Worten beschrieb Maurice Goldstein, KZ-Überlebender und damaliger Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, bei der Eröffnung am 7. Dezember 1986 die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim. „Die andere Seite der Welt“ - so lautet nun auch der Titel einer Ausstellung und eines Begleitbuchs, in dessen Einleitung es heißt: „Es ist ein Versuch der Darstellung von mehreren hundert Veranstaltungen: Seminaren, Studienreisen, Ausstellungen, Konzerten und Begegnungen, an denen sich immer wieder die pädagogische Konzeption ‚Auschwitz als Lernort‘ zusammenfügt. Sie ist ein Versuch, Reflexionen und Emotionen, die diesen Prozeß begleiten, festzuhalten. Der Versuch einer Antwort, wie ‚die andere Seite der Welt‘ heute aussieht. Im Zentrum bleiben immer die Begegnungen der Zeitzeugen mit jungen Menschen.“ Über die Feier anlässlich des 20-jährigen Bestehens der IJBS berichtet Helmut Morlok, deutscher Vorsitzender des Stiftungsrates und Architekt des Gebäudes.

„Die andere Seite der Welt“

20 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Oswiecim/Auschwitz

Von den vielen Veranstaltungen zum Jubiläum der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS) in Auschwitz sind zwei besonders zu erwähnen - das von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) organisierte Benefizkonzert zu Gunsten der IJBS am 7. Oktober 2006 in Berlin und die Jubiläumsveranstaltung am 7. Dezember 2006 in Oswiecim. Dabei wurde zugleich der deutsch-polnische Charakter der IJBS hervorgehoben. Das in Berlin aufgeführte Oratorium „Elias“ von Felix Mendelsohn-Bartholdy ist ein Werk, das den Versöhnungsgedanken klar unterstreichen konnte. Dies machten auch die Redner der Veranstaltung deutlich - Ruth Misselwitz (ASF), Helmut Morlok (Stiftungsratsvorsitzender der IJBS), Marek Prawda (polnischer Botschafter in Deutschland), Paulina Poznanska (Jugendliche aus Oswiecim) und Lena Peizel (ehemalige Freiwillige in der IJBS).

Genau am 20. Jahrestag der Eröffnung fand die Jubiläumsveranstaltung

in Oswiecim statt. In ihrem Mittelpunkt standen die ehemaligen Häftlinge, die teilweise weite Anreisen auf sich nahmen, um dabei zu sein. Der 7. Dezember 2006 war auch der 36. Jahrestag des Abschlusses der polnisch-deutschen Verträge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Heimat auf Zeit und Ort des Dialogs

Der Aufruf Lothar Kreyssigs zur Gründung der Aktion Versöhnungszeichen (später Sühnezeichen) im Jahre 1958, der Abschluss des „Warschauer Vertrags“ mit dem Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Getto-Aufstands im Jahre 1970 und die Eröffnung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte im Jahre 1986 sind Meilensteine auf dem Weg zu Versöhnung und Frieden.

Die IJBS entstand als eine gemeinsame Initiative der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der

Stadt Oswiecim. Gemäß dem Vorhaben seiner Gründer wurde das Haus zu einem Ort, in dem junge Menschen aus Polen und Deutschland mit Jugendlichen aus der ganzen Welt einen Treffpunkt haben. Dort sollen sie in einer Heimat auf Zeit unter einem Dach miteinander leben und mit auf die Zukunft gerichteter Perspektive die schmerzhafteste Vergangenheit erörtern. Die Geschichte und ihre wahrheitsgemäße Übermittlung sind die Basis für Diskussionen über unterschiedlichste Themen, die der Begriff „Auschwitz“ hervorruft. Deshalb sind Problembereiche wie Menschenrechte, Toleranz, Rechtsextremismus oder Vorurteile immer Bestandteil der in der IJBS angebotenen Programme.

Die Autorität der ehemaligen KZ-Häftlinge

Die Entstehung und die Entwicklung dieses Hauses wäre ohne die moralische Unterstützung der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz nicht möglich gewesen. Sie haben bei den entscheidenden Gesprächen für den Bau der IJBS an diesem Ort votiert. Sie haben mit ihrer Autorität überzeugt und dafür gesorgt, dass es möglich wurde, über deutsch-polnische Versöhnung unter Einschluss von „Auschwitz“ zu sprechen. So wurde die IJBS zu einem Ort des Dialogs und der Diskussion über Versöhnung. Die pädagogische Abteilung des Hauses bietet dazu Studienreisen, Themenseminare, Bildungsseminare für Lehrer und andere Multiplikatoren, Workshops und Programme im Rahmen des interna-

tionalen Jugendaustausches an.

Ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit ist die Kultur- und Bildungstätigkeit für die Stadt und die Region. Mit Projekten wie: „Tag der offenen Tür“, „Gespräche über Toleranz“ oder dem „Krakauer Poesiesalon“ präsentiert die IJBS wichtige Bestandteile des kulturellen Terminkalenders von Oswiecim. Auch die neuen Veranstaltungen, die im Rahmen des 20-jährigen Bestehens organisiert und begonnen wurden, konnten sich zu wichtigen Kulturereignissen entwickeln. Erwähnt seien hier nur die Reihe „Begegnung mit Philosophie“, das „Kulturfestival“ und die „1. Biennale des sozialpolitischen Plakats“.

Alle diese Aktionen wurden von den Festrednern am 7. Dezember 2006 gewürdigt.

So brachte Helmut Morlok für den deutschen Stiftungsrat zum Ausdruck, dass er sich glücklich schätze, dieses Haus in den vergangenen 20 Jahren mit seiner Kultur und Freundlichkeit immer wieder selbst erlebt zu haben.

Wlodzimierz Paluch (polnischer Vorsitzender des Stiftungsrates) hält das Haus für einen Glücksfall für Oswiecim. Dank der Begegnungsstätte genieße die Stadt bei Jugendlichen weltweit ein positives Image.

Für Ruth Misselwitz (Vorsitzende der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) ist diese Einrichtung ein Symbol für Dialog und Versöhnung.

August Kowalczyk (ehemaliger Auschwitz-Häftling) begrüßte es, dass dieses offene Haus den ehemaligen Häftlingen ein Betreten Hand in Hand mit der Geschichte ermöglicht.

Johannes Döschner (Freiwilliger in der IJBS) stellte fest, dass Zeitzeugengespräche an diesem Ort den größten Eindruck bei Jugendlichen hinterlassen.

Piotr Kucka (Vorsitzender des Stadtrates von Oswiecim) lobte die Arbeit aller Beschäftigten, die für die gute Atmosphäre im Hause sorgen.

Noach Flug (Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees) bestätigte, dass die IJBS für die ehemaligen Häftlinge sehr wichtig ist. Er hält es für lebensnotwendig, dass junge Menschen hierher kommen, um mit eigenen Augen zu sehen und von Zeitzeugen zu erfahren, was hier einmal geschehen ist.

Für Ewelina Milon (Jugendliche aus Oswiecim) gibt es in Oswiecim keine andere Einrichtung, deren Türen immer so weit offen stehen wie die der IJBS.

Piotr Cywinski (Direktor der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) hält die 20-jährige Arbeit dieses Hauses für bedeutend, um weg zu kommen

von Hoffnungslosigkeit aus der Geschichte hin zu Hoffnung für kommende Generationen.

Piotr Womela (Direktor des Deutsch-Polnischen Jugendwerks) betonte, dass die Gründung der IJBS in Oswiecim ein Meilenstein im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess war.

Als Ehrengast überbrachte Hans-Jochen Vogel (SPD-Politiker, ehemaliger Justizminister in der Regierung Schmidt, Mitbegründer des 1993 geschaffenen Vereins „Gegen Vergessen



Teilnehmer der Jubiläumsveranstaltung unter einem Plakat der Ausstellung „Die andere Seite der Welt“. Foto: Tomasz Mól



Eingangsbereich zur Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim

- Für Demokratie“ die Grüße der Bundesrepublik Deutschland. Er betonte, dass es der IJBS gelungen sei, in den vergangenen 20 Jahren tausenden junger Menschen die Geschichte von Auschwitz näher zu bringen und mit ihnen am Versöhnungsprozess zu

arbeiten, um diesen mit Leben zu erfüllen. Für ihn ist das nicht nur eine Aufgabe für heute, sondern vor allem auch für die Zukunft.

Thomas Gläser (deutscher Konsul in Krakau) erklärte, dass es für ihn sehr wichtig war, bei einem seiner ersten Besuche in Polen Oswiecim, Auschwitz und die IJBS kennenzulernen. Er überreichte als „Geburtstagsgeschenk“ einen Holzschnitt von HAP Grieshaber.



IJBS-Direktor Leszek Szuster und Ralf Krieg, der vor 20 Jahren als erster Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen in der Einrichtung arbeitete. Foto: Tomasz Mól

Das größte „Geburtstagspräsent“ überbrachten die Repräsentanten des VW-Konzerns. Sie übergaben der IJBS zwei Autobusse. Ralph Linde (VW Coaching AG) betonte die Wichtigkeit, dass Auszubildende von VW jedes Jahr nach Oswiecim kommen, da man erst hier richtig begrei-

fen kann, was an diesem Ort einst geschehen ist. Sein Kollege Gerardo Scarpino betonte, nichts sei mehr wie vorher, wenn man aus Auschwitz zurück in den Alltag komme.

Ausstellung und Begleitbuch

Alle Redner haben das in Worten wiedergegeben, was in einer Ausstellung unter dem Motto „Die andere Seite der Welt“ gezeigt wird - junge Menschen treffen über 20 Jahre hinweg auf ehemalige Häftlinge. Der Titel dieser Ausstellung basiert auf einem Ausspruch von Baron Maurice Goldstein bei der Eröffnung der IJBS am 7. Dezember 1986. Die Schau wurde nun im Rahmen des Jubiläums präsentiert. Einleitende Worte sprachen Henryk Mandelbaum (ehemaliger Häftling des Sonderkommandos in Birkenau) und Ralf Krieg (erster Freiwilliger in der IJBS). Zur Ausstellung erschien eine Publikation, die von Leszek Szuster vorgestellt wurde. Sie wurde nur durch die großzügige Förderung über die Friedrich-Ebert-Stiftung möglich, die von Marta Koszutska repräsentiert wurde.

Das 20-jährige Bestehen einer Einrichtung, die ein eindeutiges pädagogisches Konzept verwirklicht, ist nicht nur eine Zäsur zur Reflexion sondern auch der richtige Zeitpunkt für den Blick in die Zukunft. Dabei muss die Antwort auf die Frage nach der eigenen Position in einer von der Geschichte so schmerzhaft geprägten Stadt präzisiert werden. Es müssen Ideen entstehen, wie die einzigartige Aufgabe der Zeitzeugen in Zukunft

ersetzt werden kann. Und es muss eine nachhaltige Absicherung der pädagogischen Arbeit in finanzieller Hinsicht garantiert werden.

Förderverein der Internationalen Jugendbegegnungsstätte

Für alle Unterstützer der Idee „Jugendbegegnung in Oswiecim“ gibt es die Möglichkeit, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Der Förderverein für die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim (Auschwitz) ist in Deutschland als spendenberechtigt anerkannt und bietet sowohl die Möglichkeit einer Mitgliedschaft als auch die Möglichkeit für Einzelspenden an. Die LGA gehört bereits zu den Förderern und begrüßt jede Form weiterer Unterstützung.

Kontaktadresse der Vorsitzenden des Fördervereins: Viktoria Doris Graenert, Hans-Guldin-Straße 29 in 88316 Isny, Telefon (07562) 4266. Kontonummer: Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam, BLZ 160 500 00, Kontonummer 350 202 65 98.

Helmut Morlok

Helmut Morlok ist Architekt, deutscher Vorsitzender des Stiftungsrates der IJBS und auch Mitglied der LGA.



Rechtsradikalismus und kein Ende

Wie funktionieren die neuen Nazis?

Im vorletzten Mitteilungsblatt haben wir an einem „exemplarischen“ Beispiel dargestellt, wie sich Rechtsradikalismus in einer kleinen Stadt wie Butzbach in Mittelhessen entwickelt. Junge NPD-Nazis kauften sich mit viel Geld einen Bauernhof, nutzen diesen als „Ruhe“- und Schulungsstätte, agieren von hier im Internet und werden täglich dreister. Wie sie handeln und wie Parteien, Verbände, die Öffentlichkeit und weitere Institutionen einschließlich der Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzler (LGA) darauf reagieren, ist Gegenstand dieses Berichts des 2. LGA-Vorsitzenden Diethardt Stamm.

Man erinnere sich an die Bürgermeisterwahl Ende Januar 2007 in Butzbach. Die NPD stellt einen Kandidaten auf, den niemand kennt, denn er kommt von außerhalb. Man will auch nicht den Bürgermeister stellen, das wäre chancenlos, aber die Nazis wollen „Flagge“ zeigen und sie sprechen von einem „Testlauf“ für die Landtagswahl im Januar 2008. Eingeordnet ist das Vorgehen der NPD in ein „Feuerwerk der Propaganda“, so jedenfalls schreibt der junge Nazi Marcel Wöll, der nicht nur Bewohner und Inhaber des „braunen Bauernhofs“ im Butzbacher Stadtteil Hoch-Weisel ist, sondern auch Stadtverordneter in Butzbach, Landesvorsitzender der NPD in Hessen und über ein Nachrückverfahren zudem noch Kreistagsabgeordneter im Wetteraukreis.

Allein diese Häufung an „Ämtern“ in Verbindung mit Aufmärschen und öffentlichen Provokationen sind so Zeit füllend, dass von einer geregelten Arbeit Wölls nichts bekannt ist und sich die Frage stellt, wer das alles finanziert. Von Gerhard Frey, dem Herausgeber der Nationalzeitung und Verleger rechter Hetzbücher, ist seit Jahrzehnten die millionenschwe-

re Unterstützung der Naziszene bekannt. Die NPD verfügt zudem über eine Wahlkampf-Kostenpauschale und dank ihrer zweifelhaften Tätigkeiten - zum Beispiel im sächsischen Landtag - über erhebliches Geld. Wie konkret das viele Geld zu den örtlichen Nazis kommt, ist vielleicht dem Verfassungsschutz bekannt, dieser aber schweigt sich aus und unternimmt zumindest erkennbar nichts, um solche Geldflüsse zu unterbrechen (Stichwort: Stopp der Unterstützung terroristischer Vereinigungen).

Aufmärsche mit Fahnen und Propaganda-Aktionen

In Butzbach kommt unter diesen Bedingungen die NPD bei der Bürgermeisterwahl im Stadtteil mit dem Sitz des „braunen Bauernhofs“ auf 4,6 Prozent der Stimmen und im Nachbar-Stadtteil Fauerbach sogar auf 7,5 Prozent. Daran beschönigen die „nur“ 1,7 Prozent für die Gesamtstadt nichts. Die NPD fühlt sich offenkundig gestärkt und inszeniert an drei Wochenenden in Folge Fahnen- und Trommelaufmärsche, Kundgebungen auf dem Marktplatz und Schriftde-

monstrationen („Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national“).

Allerdings gibt es jetzt Widerstand aus der Bevölkerung. Die Regionalzeitungen erhalten viele engagierte Leserbriefe. Butzbach ist im Juni 2007 „Hessentagsstadt“, repräsentiert also das Bundesland Hessen und sich selbst. Da geht die Angst vor der „braunen Soße“ um. So tauchen auch Forderungen auf: „Es ist Zeit für Butzbach, Farbe zu bekennen; Farbe gegen Braun!“ Auffällig sind bei der Leserbriefkampagne viele Zuschriften mit dem Vermerk „Name und Anschrift der Redaktion bekannt“. Manchmal begründen das die Schreiber selbst: „Ich fürchte Repressalien.“ Da kommen Erinnerungen an SA-Schlägertrupps in der Weimarer Republik auf.

Die NPD agiert auf der Straße mit Flugblattaktionen und in den Kommunalparlamenten mit provokativen Antragstellungen weiter. „Die Stadt Butzbach soll überprüfen, ob sich im Umfeld der Jugendverbände und der Jugendeinrichtungen der Stadt Butzbach Linksextremisten und Autonome befinden und diese ggf. ausschließen. Des weiteren soll das Stadtparlament sich öffentlich von so genannten Antifaschisten distanzieren“, schreibt der



Im Februar 2007 agitieren Hessens NPD-Vorsitzender Marcel Wöll und Anhänger in der Innenstadt von Bad Nauheim (Bild oben). „Ledermäntel und Leder in Schwarz war die dominierende Farbe“ rund um den Propaganda-Tisch, so der Wetterauer Antifaschist Peter Hartung. NPD-Flugblätter wurden von den meist älteren Passanten leider öfter angenommen als abgelehnt, so Hartungs Beobachtung. Bild unten: Junge Leute vom Bündnis gegen Rechts blockieren mit zwei Transparenten die Sicht auf den NPD-Stand.

„Stadtverordnete Marcel Wöll“.

Auf der demokratischen Seite ist man den Umgang mit den Nazis nicht gewohnt. Manche Parteienvertreter propagieren „Ignorieren“, manche „vorsichtiges Diskutieren“ und andere die inhaltliche parlamentarische Auseinandersetzung. Außerhalb der Parteien gibt es auch keine Linie. Empfindlichkeiten sind bei verschiedenen Organisationen festzustellen, gemeinsames Handeln wird verstärkt gewünscht, kommt aber nur partiell zum Tragen.

Der Arbeitskreis „Demokratisches Hoch-Weisel“ gilt der regionalen Antifa als nicht „links“ genug, und in Vereinen wird über die „Angst vor der roten Fahne“ diskutiert. Gespräche zur Bestimmung der Position laufen in der Kirchengemeinde, bei Vertretern von Schulen, der Polizei, der Gewerkschaften, in einigen Vereinen und schließlich auch in der ersten gemeinsamen Runde von Vertretern verschiedener Parteien und der LGA.

Erwartungsdruck vor allem an die Kommunalpolitik wird größer

Es gibt keine Patentrezepte. Der Erwartungsdruck insbesondere an die Kommunalpolitik wird größer. Dort tauchen aber zunächst mehr Fragen als Antworten und Lösungen auf:

- 1.) „Soll man diese (die Nazis) über Änderungen der Geschäftsordnung von der Teilhabe fern halten?“
- 2.) Wie geht man mit Anträgen um, die wortidentisch mit dem Wahlprogramm einer demokratischen Partei sind?
- 3.) Kann man diese so einfach ablehnen oder sollte man aus Sachgründen zustimmen?
- 4.) Was sollte bei außerparlamentarischen Aktivitäten beachtet werden?“

„Gute“ Antworten und Analysen kommen von einzelnen Bürgern, die eher in Zweier- und Dreiergruppen zusammenarbeiten und sich nicht vereinnahmen lassen. Studiendirektor a.D. Adolf Frohwein und sein Kollege Günter Strube sind dabei mutige Ak-

teure im einschlägigen Stadtteil Hoch-Weisel. Sie geben Lösungen vor, wie man damit umgehen sollte, wenn die Nazis das Programm einer demokratischen Partei als Antrag einbringen: „Wortidentisch ist nicht bedeutungsidentisch“, sagen sie. Sie schlagen vor, jeden NPD-Antrag im Parlament mit einer einheitlichen Begründung abzulehnen. Insbesondere bei gestohlenen Inhalten von anderen Parteien soll dabei auf die Nichtglaubwürdigkeit der Nazis und deren undemokratischen Charakter hingewiesen werden.

Und es wird eine Erklärung abgegeben: „Der Extremismus jeglicher Art im gesellschaftlichen Alltag erfordert eine gesamtgesellschaftliche Strategie von parlamentarischer Demokratie und Zivilgesellschaft, die außerparlamentarische Aktivitäten und eine Politik der Bürgernähe einschließt. Ein Butzbacher Bündnis als Bürger- und Bildungsinitiative würde den wertvollen Konsens der demokratischen Parteien Butzbachs vom 7. Februar 2006 in diesem Sinne bestätigen und ausbauen!“

Wenn die neuen Nazis in „Ruhe“ ihre Provokationen planen

Am 1. März 2007 ist es so weit: Der frisch gewählte Bürgermeister lädt zur ersten Sitzung eines „Butzbacher Bündnisses gegen Rechts“. Auch die LGA diskutiert mit. Sie ist Mitglied im Wetterauer Bündnis gegen Rechts, gilt aber bei den „gestandenen“ Kommunalgrößen als ein externer Faktor. Sie ist wegen jahrelanger Veranstaltungen zum 9. November

zwar nicht unbekannt in der Region, soll sich aber erst einmal zu ihrem parteipolitischen Standort äußern. Dies lehnt die LGA ab. Sie möchte sich von keiner Partei Vereinbarheiten lassen.

Zwei Tage später: 80 NPD-Nazis treffen sich in der „Linde“ zu Wohnbach, 10 Kilometer weit abgelegen von

Butzbach. Der Wirt sieht „kein Problem in den Zusammenkünften“ und erklärt dies genüsslich der Presse, schließlich mache er das öfters. Die Polizei stellt ein großes Aufgebot, erwähnt dies aber nicht in den Polizeibericht für die Presse. Sie bestätigt lediglich im nachhinein die „Ruhe“ vor Ort und handelt sich damit die Kritik der „Aktiven AntifaschistInnen Wetterau“ (AAW) ein. In dieser „Ruhe“ hecken die Nazis die nächste Provokation und Steigerung ihres Handelns aus.

Wöll beantragt, Zuschüsse für Auschwitz-Fahrten zu streichen

Am 14. März 2007 ist Kreistagssitzung. Vor über 20 Jahren hatte der Verfasser dieses Berichts (Diethardt Stamm) einen Antrag für den Kreistag geschrieben, wonach Fahrten



Momentaufnahme von einer Demonstration „Schüler gegen Rechts“ in Köln. „Deutschland ist geil?! Gülcan auch ...“, hat ein Schüler auf sein Shirt geschrieben. Foto von Paul Petzold, selbst noch Schüler in Köln und Mitglied unseres Freundeskreises.

nach Auschwitz bezuschusst werden sollten. Er wurde diskutiert, und es kam vor einer Entscheidung zu dem Wunsch, dass Kreistagsabgeordnete sich über Auschwitz vor Ort informieren. Organisator der damaligen Fahrt war die LGA. Hermann Reineck als LGA-Mitbegründer, Vorsitzender und ehemaliger Häftling kümmerte sich persönlich um die Gruppe und die Führungen in Auschwitz. Mitgefahren waren unter anderem der heutige Landtagspräsident in Hessen, Norbert Kartmann (CDU), der heutige FDP-Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn und der heutige Landrat Rolf Gnadl (SPD).

Nach der Fahrt wurden einstimmig Gelder für Fahrten insbesondere von Jugendgruppen nach Auschwitz beschlossen. Auch in den folgenden Jahrzehnten mit wechselnden Koali-

tionen hielt der Beschluss und wurde später noch auf weitere KZs ausgedehnt. Doch am 14. März 2007 beantragt die NPD, die Zuschüsse „zu den so genannten Stätten des nationalsozialistischen Terrors“ zu streichen. Gleichzeitig spricht der Nazi Marcel Wöll von „Gehirnwäsche“, die mit den jugendlichen Besuchern betrieben werde. Es ist nicht mehr zu überbieten: Die Nazis pöbeln im Kreistag und leugnen frech den Holocaust.

Die Fraktionen, der Kreistagsvorsitzende und die drei Hauptamtlichen in der Kreisregierung reagieren schnell und ausgesprochen vorbildlich. Die Parteien weisen die schamlosen Ungeheuerlichkeiten zurück, der Kreistagsvorsitzende spricht eine Rüge aus, und der 1. Kreisbeigeordnete Oswin Veith erklärt als Kämmerer die Verdopplung der Mittel für die Fahrten in KZs. Parteiübergreifend erklären Landrat Rolf Gnadt (SPD), 1. Kreisbeigeordneter Oswin Veith (CDU) und Kreisbeigeordneter Ottmar Lich (FWG/UWG) der Presse gegenüber ihren Abscheu gegenüber rechtsradikalem Gedankengut und treten für die wach zu haltende Erinnerung ein. Es kommt zudem zu mehreren Strafanzeigen wegen Leugnung des Holocausts und Volksverhetzung.

Kurz danach folgt der Beschluss, mit der kompletten Kreisregierung, den Fraktionsvorsitzenden und Ausschussmitgliedern nach Auschwitz zu fahren. 20 Personen der „nachgewachsenen“ Politikergeneration wollen sich so wie ihre Kollegen vor über 20 Jahren vor Ort informieren. Und wieder soll die LGA der Organisator sein. Nur der vor rund einem Jahr-

zehnt verstorbene Hermann Reineck wird nicht mehr persönlich dabei sein, aber in seinem Sinne werden die Politiker durch das Stammlager Auschwitz und das Vernichtungslager Birkenau geführt. Diethardt Stamm fährt selbst mit, und es wird im August 2007 Treffen geben unter anderem mit unseren Mitgliedern und Freunden Tadeusz Sobolewicz, Jozef Paczynski und Kazimierz Albin, sofern diese ehemaligen Häftlinge gesundheitlich dazu in der Lage sind. Sie werden als lebende Beweise aufzeigen, dass die Kreistagsäußerungen von Marcel Wöll nicht nur dreiste Lüge sind sondern darüber hinaus verbrecherische Worte.

Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz

Die Ereignisse im Kreistag haben den Wunsch der Demokraten in Butzbach, sich zusammen zu schließen, beflügelt. Das „Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz“ wird endgültig ins Leben gerufen. Es versteht sich als ein „Zusammenschluss verschiedener Organisationen, wie z.B. Vereinen, Gewerkschaften, Schulen, Kirchengemeinden, Parteien, Ortsbeiräten sowie interessierter Bürgerinnen und Bürger“. Das Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz lehnt jede Form von politischem und religiösem Extremismus ab. Es wendet sich „gegen extremistische Tendenzen, Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit“. Es tritt ein „für den Erhalt der Demokratie, für Menschenwürde, für Völkerverständigung und Integration“.

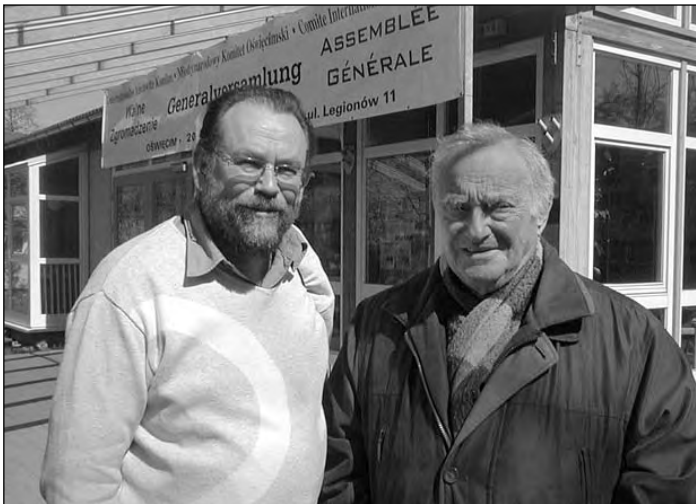
Die Bündnisstruktur wird von Einzelpersonen entworfen. Wieder ist es Adolf Frohwein, der sich um eine Schirmherrschaft, eine Steuerungsgruppe, verschiedene Arbeitsgruppen sowie Bündnis- und Ansprechpartner Gedanken macht. Die LGA ist dabei ein „Mitwirker“, hält sich aber aus kommunalen Gärprozessen heraus. Die LGA arbeitet nicht in der vordersten Linie mit sondern gibt Ratschläge, wendet sich selbständig gegen faschistische Umtriebe und verweist immer wieder auf Auschwitz. Die Erinnerung wach zu halten, ist wichtig für die Gegenwart.

„Wir, die aktiven Mitglieder der LGA, sind es, die bei Holocaust- und Auschwitz-Leugnung etwas zu sagen haben und handeln müssen. Deshalb bieten wir auch den Butzbacher Stadtverordneten, dem Magistrat und Parteivorsitzenden eine Fahrt nach Auschwitz an. Wir sind auch beim „Hessttag“ aktiv und zeigen den erwarteten eine Million Besuchern, wie wir arbeiten und warum dies so wichtig ist“, erklärt der Vorstand. Am 2. Juni und am 7. Juni 2007 betreibt die LGA einen Stand im Butzbacher Museum. Dort zeigt sie die gute Zu-

sammenarbeit mit dem Museum anhand der Aufarbeitung des Nachlasses von Hermann Reineck. Zudem werden Fahrten nach Auschwitz vorgestellt, und es wird auf die Gefahr der neuen Nazis hingewiesen.

Die LGA beschäftigt sich mit dem „exemplarischen Fall Butzbach“ so intensiv, weil einige Personen im Vorstand vor Ort wohnen und weil man viel Typisches an dem Treiben der Nazis erkennen kann. Bekannt sind allerdings viele solche Beispiele, ob in Kirdorf in Hessen oder in Lüdenscheid oder in kleinen Städtchen in Sachsen, wo die NPD immerhin mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen im Landtag sitzt. Leider lässt sich das akute Naziproblem nicht auf die Schnelle lösen, weshalb das „Beispiel“ weiter beobachtet und beschrieben werden muss.

Diethardt Stamm



Diethardt Stamm, 2. Vorsitzender der Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzter, mit Noach Flug, Holocaust-Überlebender und Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees (IAK) bei der IAK-Generalversammlung im April in Oswiecim.

Der NS-Forscher Ernst Klee deckt in seinem neuesten Buch die vielfach unrühmliche Rolle von Künstlern und Kulturschaffenden während der NS-Zeit auf. Anknüpfend ans Format seines 2003 erschienenen „Personenlexikon zum Dritten Reich“ enthält auch das neue „Kulturlexikon“ rund 4.000 Kurzbiografien von mehr oder weniger gut bekannten Persönlichkeiten, deren Namen hier in einen neuen Zusammenhang gestellt werden. Von vielen erfährt man in diesem einzigartigen Nachschlagewerk erstmals, wie willig sie das NS-Regime unterstützt haben. Andere werden in ihrer Opferrolle gewürdigt. Als besonders perfide wertet Klee die Auftritte von Künstlern an den Orten des Massenmords selbst, insbesondere in Auschwitz. Dazu im folgenden ein Artikel des Autors:

Heitere Stunden in Auschwitz

Wie deutsche Künstler ihre mordenden Landsleute
im besetzten Polen bei Laune hielten

Von Ernst Klee

Wo deutsche Besatzer wüten, dekorieren deutsche Künstler das Vernichtungswerk. Am 20. März 1941 wird in Lublin, im besetzten Polen, die Errichtung eines Juden-Ghettos bekannt gegeben. Genau eine Woche später eröffnet Lublins neues deutsches Stadttheater mit Schillers *Kabale und Liebe*. Intendant ist Aribert Grimmer. Als prominenten Gastdarsteller nennt die Intendanz den Staatsschauspieler Gustav Knuth.

Lublin ist ein Zentrum des Judenmords. Hier residiert SS-Obergruppenführer Odilo Globocnik, Herr der Vernichtungslager Belzec, Sobibor, Treblinka. Das KZ Majdanek befindet sich am Stadtrand. Manchmal riecht man den Gestank verbrannten Fleisches. Das Theater bespielt regelmäßig die Orte Chelm, Deblin-Irena, Pulawy, Radzyn Podlaski, Zamosc, Krasnik Fabryczny und Budzyn - alle sind Standorte von Ghettolagern, Mordstätten.

In Łódź, das nach dem 1936 ver-

storbenen preußischen General und glühenden Nationalsozialisten Karl Litzmann in Litzmannstadt umbenannt worden ist, vegetieren 160.000 Juden auf vier Quadratkilometern, zumeist in Gebäuden ohne Wasser- und Abwasserleitungen. Während die Menschen im Ghetto krepieren, spielen die Städtischen Bühnen *Hamlet*, *Die verkaufte Braut* oder den *Zigeunerbaron*. Intendant ist Hans Hesse, ein Cousin des Dichters Hermann Hesse. Er eröffnet im September 1942 die Spielzeit mit dem Betriebsappell: „*Alle stehen unter der Berufung, der deutschen Kultur im Osten den Weg zu ebnen.*“ Im selben Monat werden 16.000 Menschen in das Vernichtungslager Chelmno deportiert und in Gaswagen qualvoll erstickt. Danach feiert Litzmannstadt eine Kulturwoche.

Selbst in Auschwitz, abgeriegelt von der Außenwelt, gehen Schauspieler, Musiker und Artisten ein und aus. Es müssen Hunderte gewesen sein, doch

nur einer hat davon berichtet: Der Schauspieler Dieter Borsche war 1943/44 Spielleiter der Städtischen Bühnen Breslau. Borsche erzählte nach dem Krieg dem NS-Dokumentaristen Joseph Wulf, er habe im Winter 1943 „innerhalb des Vernichtungslagers Auschwitz vor den dortigen SS-Wachmannschaften gespielt“.

Wulf rekapituliert das Gespräch: „Die Schauspieler wurden dort großzügig bewirtet, von Häftlingen bedient und sahen auch mit eigenen Augen die Häftlingskolonnen. Sie staunten darüber, daß diese im Winter nur die gestreiften Sträflingskittel trugen; aber das Wichtigste ist, dass Dieter Borsche zu berichten wusste, er habe von mehreren SS-Leuten gehört, verschiedene Theaterensembles spielten sehr oft innerhalb des Konzentrationslagers für sie.“

In Auschwitz gibt es regelmäßig solche Veranstaltungen. Sie finden im „Kameradschaftsheim der Waffen-SS“ statt auf dem Gelände der SS-Wirtschaftsgebäude. Der Besuch der Abende ist Dienst. Das Publikum sitzt hier

archisch gestaffelt. Die ersten Reihen belegen SS-Führer und Gattinnen, es folgen Aufseherinnen des Frauenlagers und SS-Untersführer, von Reihe 16 an nimmt die Truppe ohne Unterschied der Dienstgrade Platz. Organisator der Veranstaltungen ist der Volksschullehrer und SS-Unterscharführer Kurt Knittel, wegen seiner salbungsvollen Stimme „Truppen-Jesus“ genannt. Er leitet von Oktober 1941 an die Abteilung VI („Truppenbetreuung“, „weltanschauliche Schulung“). Knittels Gattin Annemarie, Scharleiterin eines Spielkreises der NS-Frauenschaft, zieht im Mai 1942 nach. Kein angenehmer Wohnort. „Der Geruch, der sich bei der Verbrennung der Leichen entwickelte“, klagte Knittel später, „lag manchmal über ganz Auschwitz.“

Der erste dokumentierte Kulturabend ist im Rundschreiben der Kommandantur vom 9. Februar 1943 angezeigt, eine Woche nach Stalingrad. In Auschwitz werden zu dieser Zeit Menschen aus dem französischen Lager Drancy und dem holländischen Lager

Westerbork antransportiert, selektiert, vergast. Unter den Mordopfern befindet sich die Schauspielerin Dora Gerson, die erste Frau von Veit Harlan, Regisseur des Hassfilms *Jud Süß*, der auch in Auschwitz vorgeführt wird.

„Am Montag, den 15. Februar 1943, 20 Uhr“, so lautet die Ankündigung, „findet im kleinen Saal des Kameradschaftsheimes der Waffen-SS ein



Im Sommer 1944 gehörten 4500 SS-Männer zur Auschwitzgarnison. Für ihre „höheren“ kulturellen Bedürfnisse war die Abteilung VI-SS Truppenbetreuung zuständig. Foto: Archiv des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau.

Abend statt unter dem Motto ‚Goethe - ernst und heiter‘ ... Diese Veranstaltung bietet Gelegenheit, gerade die Volksdeutschen mit den höheren Gütern deutscher Kultur vertraut zu machen.“ Unterzeichnet hat SS-Hauptsturmführer Robert Mulka, der später, 1965 im Frankfurter Auschwitz-Prozess, wegen Beihilfe zu gemeinschaftlichem Mord zu 14 Jahren Haft verurteilt wird.

Im Frühjahr 1943 sind in Auschwitz-Birkenau die neuen Gaskammern und Krematorien fertig. Das fabrikmäßige Morden beginnt. Am 4. April geben die Städtischen Bühnen Kattowitz den Schwank *Gitta hat einen Vogel* von Karl Hans Jaeger, laut KZ-Kommandant Rudolf Höß „unter Mitwirkung des Verfassers“. Kattowitz liegt nur 30 Kilometer von Auschwitz entfernt. Die Städtischen Bühnen halten ein Kartenkontingent für das KZ-Personal vor und gastieren spätestens seit 1943 regelmäßig im Lager. Am 21. Mai 1943 haben sich Mitglieder des Kattowitzer Opernhauses mit Stücken von Haydn, Mozart, Schubert, Dvorák und Boccherini zu einer Stunde heiterer Musik angesagt. Die zweite Violine spielt Fred Malige, ein Mann mit einer besonderen Karriere. 1923 war er KPD-Aktivist und Leiter einer roten Blaskapelle, 1940 dann Kapellmeister in Kattowitz. Später lebte er in der DDR, komponierte 1952 eine Lenin-Kantate und 1959 das Werk *Präludium und Fuge über F-D-G-B* - die Initialen der DDR-Einheitsgewerkschaft.

Das Beuthener Theater gibt in der Spielzeit 1943/44 die Operette *Maske in Blau* und ein Stück namens *Erntefest*. Als Gäste sind der dänische Tenor Helge Roswaenge angezeigt und der

Heldenbariton Wilhelm Rode, der es nicht genug zu rühmen weiß, „*dass mein Führer, der wie nie zuvor unsere deutsche Kunst schützt und fördert, mich allein dreiundvierzigmal als Hans Sachs anhörte!*“

Auch 1944 herrscht an Musik, an Tanz und Gesang im Vernichtungslager Auschwitz kein Mangel. Im April kommt das Opernhaus Breslau, und das Theater Mährisch-Ostrau gibt die Operette *Paganini* von Franz Lehár. Dessen Librettist Fritz Löhner-Beda ist zwei Jahre zuvor in Auschwitz ermordet worden. Von Mai 1944 an werden allein aus Ungarn insgesamt 437.000 Menschen antransportiert. Weiter östlich wird die Lage schon bedrohlich, die sowjetischen Truppen rücken auf Lublin vor. Am 22. Juli, nach der Ermordung der letzten Juden - die „*Aktion*“ läuft unter dem Decknamen „*Erntefest*“ -, flüchten die noch verbliebenen Deutschen aus der Stadt.

Am 20. August 1944 verordnet Goebbels die Schließung aller deutschen Theater. Bereits zwei Tage vorher heißt es im Standortbefehl, im Zuge der Einschränkung des kulturellen Lebens sei es notwendig, „*künstlerische Kräfte des SS-Standortes Auschwitz*“ zu erfassen. SS-Männer, die als Sänger, Schauspieler, Musiker, Artisten oder Tänzer in Frage kommen, sollen sich bei Knittel melden. Am 2. November 1944 werden die Vergasungen eingestellt. Knittel, inzwischen Oberscharführer, hält den Vortrag *Das Reich in Gefahr*.

Im 60 Kilometer entfernten Krakau steht das Kulturleben derweil noch in schönstem Flor. Hier residiert Generalgouverneur Hans Frank, genannt „*der Polenschlächter*“. Zu seinen

Freunden gehören Winifred Wagner, die Bayreuther Prinzipalin, sowie die Komponisten Richard Strauss und Hans Pfitzner. Hans Knappertsbusch ist mit den Wiener und den Berliner Philharmonikern an Franks „Hof“ zu Gast, auch der Pianist Wilhelm Kempff und natürlich Kempffs Kollegin Elly Ney, die 1937 heißen Herzens bekannte, ihr einziges Bestreben sei es, der deutschen Jugend „die Einheit des gewaltigen Geschehens durch unseren Führer mit den erhabenen Schöpfungen unserer Meister nahezubringen“.

Zu Propagandazwecken hatte Frank auch eine „Philharmonie des Generalgouvernements“ gegründet, die ausschließlich mit polnischen Spitzenmusikern besetzt war. Das letzte Konzert in Auschwitz findet am 9. Januar 1945 statt. Auf dem Programm steht Franz Schuberts *Achte Sinfonie*, die *Unvollendete*.

Den allerletzten Kulturabend in Auschwitz sollte der Schriftsteller Kurt Hielscher bestreiten, Autor von Büchern wie „*Burgen im Bozener Land*“. Er will am 18. Januar 1945 über Deutsche Kultur in Siebenbürgen reden. An diesem Tag jedoch beginnt die Evakuierung des Lagers. Zurück bleiben einige tausend Kranke, die am 27. Januar von Soldaten der Roten Armee befreit werden. Łódz ist bereits seit dem 19. Januar von den Russen besetzt. Intendant Hesse, der einst der deutschen Kultur den Weg ebnen wollte, hat sich rechtzeitig davongemacht. Er stirbt 1954 in Erlangen, laut Deutschem Bühnen-Jahrbuch „als Heimatvertriebener“. Der Lubliner Intendant Aribert Grimmer findet zur ostzonalen Defa und spielt in Filmen wie *Freies*



Ernst Klee bei einer Lesung der Lagergemeinschaft 2003 in Bad Nauheim.

Land oder *Grube Morgenrot*. Der Kattowitzer Intendant und SA-Oberführer Otto Wartisch wird Konzertdirigent in München.

SS-Oberscharführer Kurt Knittel wird im Dezember 1948 Dramaturg einer in Villingen stationierten Wanderbühne. Bald arbeitet er auch wieder als Lehrer; 1957 wird er Referent im Oberschulamt Karlsruhe; 1959 erfolgt die Ernennung zum Regierungsschulrat. Er ist im Schulfunkbeirat des Süddeutschen Rundfunks, wird Geschäftsführer der Karlsruher Volksbühne, Leiter der Jugendbühne und sitzt im Verwaltungsrat der Badischen Hochschule für Musik. Eine schöne Karriere für einen Mann, der einst Kulturreferent im Vernichtungslager Auschwitz war.

(Ernst Klee: „Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, S. Fischer, Frankfurt am Main, 2007; ISBN 978-3-10-039326-5, 720 Seiten, 29,90 Euro)

Die Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzler arbeitet von Anbeginn in der 1998 gegründeten Arbeitsgruppe Ausgegrenzte Opfer mit, in der mehrere Initiativen und Vereine aus Frankfurt am Main kooperieren. Es sind dies der DGB-Seniorenkreis Region Frankfurt-Rhein-Main, der Förderverein Roma, die Initiative 9. November, die Geschichtsforschung der Zeugen Jehovas in Frankfurt, die Initiative gegen das Vergessen, der Bund der Euthansiegeschädigten und Zwangssterilisierten sowie der Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945. Mit Ausnahme von 2006 wurde seit 1999 jedes Jahr eine Veranstaltung zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar, dem Befreiungstag von Auschwitz) durchgeführt. In diesem Jahr fand sie am Vortag, 26. Januar, im Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße statt.

Frankfurter Schulen 1933 - 1945

Orte der Ausgrenzung

Gedenkveranstaltung der Arbeitsgruppe Ausgegrenzte Opfer
am 26. Januar 2007 in Frankfurt am Main

„So lernte ich schon sehr früh die Ungerechtigkeit der Stärkeren kennen.“ Diese von der Frankfurter Zeugin Jehova Doris Kaltwasser als Schülerin gemachte Erfahrung, trifft für die meisten Kinder und Jugendlichen zu, die aus rassistischen, antisemitischen und politischen Gründen schikaniert, diffamiert, bedroht, stigmatisiert, verfolgt und in sehr vielen Fällen ermordet wurden. „Frankfurter Schulen 1933 -1945: Orte der Ausgrenzung“ lautete die Überschrift der Veranstaltung, zu welcher der Arbeitskreis Ausgegrenzte Opfer und der DGB (Region Frankfurt) am Abend vor dem internationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar ins Gewerkschaftshaus eingeladen hatten.

Unter den rund hundert Gästen befanden sich mit den Schwestern Hella Uhrig und Edith Erbrich zwei Überlebende des KZ Theresienstadt, sowie mit Wolfgang Breckheimer, dessen Mutter Cäcilie als Jüdin in Auschwitz

ermordet wurde, ein ehemaliger Häftling der Frankfurter Gestapo.

Ebenfalls begrüßt wurden Ruth Wasserkampf, Ehefrau des zwangssterilisierten Friedolin Wasserkampf, sowie Hilde Kremer, die Witwe des 2005 verstorbenen Frankfurter Opersängers Franz Kremer, dessen Familie drei Monate lang nichts von ihm hörte, weil ihn die Gestapo als Mitglied der „Swing-Jugend“ gefangen hielt. Er wurde gefoltert, um Geständnisse zu erpressen. In seinen Erinnerungen hat er, der damals die Bergiussschule besuchte, geschrieben: „Wir waren genau das Gegenteil von den Nazis, wir trugen weite Hosen und weiche Hüte und die Haare bis auf den Kragen.“ Für die Nazis bedeutet dies, dass die „Swing-Jugend“ weder Disziplin noch Moral kenne und „jüdische Negermusik“ höre.

Anwesend waren auch eine ganze Reihe von Nazi-Verfolgten der Gewerkschaftssenioren wie zum Beispiel Lorenz Knorr, der 99-jährige



Blick in den Saal: Wolfgang Breckheimer (2. Reihe, links), Marc Lehnert, Lorenz Knorr, Hella Uhrig und Edith Erbrich (1. Reihe von links).

Hans Schwert und andere, die teilweise jahrelang in Gestapo-Gefängnissen einsaßen.

Ausgrenzung als Vorstufe zur Vernichtung

Nach 1933 fand die NS-Ideologie in allen Schulfächern Eingang in Form von Rassenkunde, Geopolitik, Wehr- und Militärgeschichte. Zudem wurde Sport zu einem wichtigen Bestandteil des Schulunterrichts - zur Herausbildung einer „gesunden Herrenrasse“ und zur Vorbereitung auf den Krieg. An Beispielen aus dem Helmholtz-Gymnasium, der Liebig-Oberrealschule, der Ackermann-Schule, der Merianschule, dem Philanthropin, der Wöhler-Schule, der Pestalozzi-Schule, der Bergius-Schule, der Taubstummen-erziehungsanstalt und dem Schul-

landheim Wegscheide wurde mit Fotografien, Dokumenten und Texten die zunehmende Ausgrenzung von Schulkindern in der NS-Zeit dargestellt.

Es waren jüdische Kinder, Kinder der Sinti und Roma, behinderte Mädchen und Jungen, Kinder der Zeugen Jehovas und Kinder, deren Eltern im Widerstand waren. Für jüdische Kinder und Angehörige der Sinti und Roma bedeutete die Ausgrenzung die Vorstufe zur späteren Vernichtung. Erinnert wurde auch an jugendliche Zwangsarbeiter, die in den Kriegsjahren in Frankfurter Schulen untergebracht waren.

Der letzte Mohikaner kommt ans Philanthropin

Das Philanthropin war vor 1933 eine weit über die Frankfurter Stadtgren-



Ken Ward bei einem Besuch in Frankfurt als im Januar 2007 in der Bockenheimer Landstraße 9 vor dem früheren Haus seiner Familie „Stolpersteine“ für seine Eltern Siegfried und Gertrude Würzburger sowie seinen Bruder Hans, die in Chelmno ermordet wurden.

zen hinaus bekannte jüdische Bildungseinrichtung. Beim Novemberpogrom 1938 wurden viele Lehrer und auch Schüler in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau verschleppt. Nach einiger Zeit wurden die meisten wieder freigelassen und nahmen den Unterricht wieder auf. Der damals 18-jährige Abiturient Robert Goldmann erinnert sich: *„Es war alles äußerst schwierig. (...) Man sah, wie sie behandelt worden waren, aufrecht konnte kaum einer noch stehen.“* Robert Goldmann konnte im März 1938 am Philanthropin noch sein Abitur ablegen - allerdings nicht in Deutsch und Geschichte, denn diese Fächer zu begreifen seien - so das Schulamt - „jüdische Schüler per Definition“ nicht in der Lage.

Im Sommer 1938 wechselte auch Karl Robert Würzburger ans Philanthropin. Vom Direktor wurde er mit den Worten „Hier kommt der letzte

der Mohikaner“ begrüßt, denn er war der letzte jüdische Schüler, der noch eine nichtjüdische öffentliche Schule besuchte. 1934 hatte der 1922 geborene Karl Robert, Sohn des erblindeten Organisten der Westendsynagoge, mit einer zionistischen Gruppe noch einen Ausflug in die Schweiz machen können, in ein Land, in dem man frei reden konnte. Nach dieser Erfahrung empfand er nach der Rückkehr die Atmosphäre der Angst und Repression in Frankfurt bedrückender als je zuvor. Bei einem Besuch im Brentano-Bad 1935 notierte er ein stilles Gebet: *„Bitte Gott, mache, dass Hitler sieht, dass er falsch von den Juden denkt und wenn er Papa und Mama und unsere Familie und Freunde kennen würde, wüsste er, dass wir Deutsche nicht ausbeuten wollen und keine habsüchtigen Juden sind.“* Im August 1939 erreichte er mit dem letzten Kindertransport England.

Er nahm den Namen Ken Ward an und kam 1945 als englischer Soldat zurück. Seine Eltern und sein Bruder Hans waren deportiert und im Vernichtungslager Chelmno ermordet worden.

Die Farce um den Gedenkgarten der Wöhlerschule

Bevor Würzburger 1938 ans Philanthropin wechselte, hatte er die Wöhlerschule besucht, die dann auch wie gewünscht „judenrein“ wurde. Rund 50 Jahre später forschte eine Arbeitsgruppe an der Wöhlerschule nach ehemaligen jüdischen Mitsülern und richtete nach sechs Jahren Forschung in Archiven einen Gedenkgarten auf dem Schulgelände ein, in dem mit 27. Granittafeln an die ermordeten jüdischen Schüler erinnert wurde. Schon in der Nacht vor seiner Eröffnung, bei der auch der heute in London lebende Ken Ward anwesend war, wurde er teilweise von Unbekannten zerstört und mit Hakenkreuzen beschmiert. Von den Schülern wieder aufgebaut, war er fünf Jahre ein Ort des Gedenkens, bis er trotz Intervention von Lehrern und Schülern bei der Stadt und einer Zusage der Schonung durch die grüne Schulrätin Jutta Ebeling im Frühjahr 2006 endgültig zerstört wurde, um dem Bau einer Mensa zu weichen.

In der Vorhölle des „Zigeunerlagers“ Dieselstraße

Roma- und Sintikinder fallen unter die Ächtung und Diskriminierung durch die rassistische Gesetzgebung. Sie müssen mit ihren Familien ihre Woh-

nungen verlassen und in Lager ziehen. In Frankfurt waren die Lager in der Diesel- und in der Kruppstraße. Dort leben sie unter unglaublich beengten Verhältnissen und sind ihrer Freizügigkeit beraubt. Herbert Ricky Adler erinnert sich später: „Das Leben im Lager war die Vorhölle. Statt in einer großen Wohnung hausten wir nun in einem kleinen alten Bauwagen, sechs Meter lang, zwei Meter breit, mit zwei schmalen Fensterluken. (...) Dieselstraße, das hieß, Abschied nehmen von den Schulkameraden, von den Nachbarkindern und in einem Bauwagen wohnen statt in einer Wohnung. Es waren Abtritte vorhanden, die schlimmsten hygienischen Verhältnisse. Appelle, Befehle, Ausgehverbot, Zwangsarbeit und diese Kälte. Dieselstraße - das bedeutete zum ersten Mal: Angst!“

Auch der damals zwölf Jahre alte Sinto Jakob Müller wurde im September 1940 mit seiner ganzen Familie in das „Zigeunerlager“ in der Dieselstraße gesperrt: „Wir durften ein Jahr lang in die Schule gehen, und zwar in die Riederwaldschule, dann hat sich die Bevölkerung darüber mokiert; zuletzt mussten wir alle ganz hinten in einem Block sitzen. Dann kam der Frankfurter Erlass, und da durften wir Kinder nicht mehr die Schule besuchen.“

„Verhängnisvolle Zerstörung von Rassestolz“

Die Initiative, die zum Schulverbot für Sinti-Kinder führte, ging auf Dr. Körten zurück, damals Ratsherr und Referent des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau. Körten hielt es in einem



1994 wurden zwei Gedenktafeln an die Verfolgung, Deportation und Ermordung der Frankfurter Roma und Sinti angebracht. Eine an das Gebäude in der Dieselstraße 30 und eine weitere an der U-Bahnhaltestelle „Kruppstraße“ (Borsigallee). Beide Tafeln wurden durch private Spenden ermöglicht. Die Stadt Frankfurt/Main hatte ihren diesbezüglichen Etat bereits aufgebraucht und die beiden an die Ermordung der Roma und Sinti erinnernden Tafeln kurzerhand aus der Finanzierung gestrichen. Das Lager Dieselstraße war 1942 in die Kruppstraße verlegt worden, weil die Firma Matra, die heute noch auf dem Gelände Rüstungsgüter produziert, das Grundstück erworben hatte. Sie benötigte es für Zwangsarbeiter aus mehreren europäischen Ländern.

Schreiben vom 6. Mai 1940 an den Frankfurter Oberbürgermeister Krebs für unzumutbar, dass „eine ganze Anzahl von Zigeunerkindern zusammen mit unseren deutschen Kindern die Grundschulen ... besuchen“: „Das sittenverderbende Benutzen gemeinsamer Schulräume, Schulhöfe, Lehrmittel und sozialer Einrichtungen“ würde so Körten „zu einer verhängnisvollen Zerstörung von Rassenstolz und -bewusstsein in den jungen aufnahme-

fähigen Seelen unserer Kinder führen.“

Im Frühjahr 1943 werden die Bewohner der Frankfurter „Zigeunerlager“ nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Darunter auch Herbert „Ricky“ Adler mit Vater, Mutter, Geschwistern und weiteren Verwandten. Den Tag der Befreiung erlebten vier von 29 Familienangehörigen: Herbert selbst, sein älterer Bruder, seine Schwester Wanda und ein Bruder seines Vaters.

Über das Sinti-Kind Margarete Weiß finden sich in dem Zeugnisbuch der Pestalozzi-Schule folgende, jegliche Realität verzerrende Eintragungen: „Schuljahr 1942/43: kein Zeugnis, da vom Schulamt vom Schulbesuch befreit.

Entlassen nach erfüllter Schulpflicht am 31. März 1944.“ Zu diesem Zeitpunkt war Margarete Weiß bereits tot - sie war im Alter von 14 Jahren am 1. Oktober 1943 in Auschwitz-Birkenau ermordet worden.

Zwangssterilisation als Opfer für die Volksgemeinschaft

Am 1. Januar 1934 tritt das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuch-

ses“ in Kraft. Behinderte Kinder werden im Rahmen der sog. Euthanasie ermordet oder sie werden zwangsweise sterilisiert. Hilfsschulen übernehmen die Aufgabe, behinderte Kinder, wie zum Beispiel Gehörlose, für die Sterilisation auszuwählen. Auch im Unterricht haben es gehörlose Kinder nicht leicht. Gebärdensprache ist dort verboten. Wie es gehörlosen Schülern oft ergangen ist, zeigt das Beispiel des 1950 nach Frankfurt zugezogenen Fridolin Wasserkampf. Sein Vater, selbst gehörlos, war von den Ideen der Nazis angehtan. Der hörende Großvater war Fridolins Vormund. Mit einem Brief vom 23. Dezember 1940 wurde der fast 16-jährige aufgefordert, sich unfruchtbar machen zu lassen. Der Großvater kümmerte sich sehr engagiert darum, dieses Schicksal zu umgehen, er legte Beschwerde ein, auch eine Volkspflegerin schaltete er ein und ging mit ihrer Hilfe bis zum Erbgesundheitsobergericht.

Wer Fridolin angezeigt hatte, weiß er bis heute nicht. Denn sowohl die anzeigende Person als auch alle damit verbundenen Vorgänge mussten streng geheim bleiben. Typisch für das Vorgehen war der Aufruf der evangelischen Taubstummenseelsorge mit dem Titel: „Ein Wort an die erbkranken evangelischen Taubstummten“ „Die Obrigkeit hat befohlen: Niemand darf über Unfruchtbarmachung sprechen. Du selbst auch nicht. Merke wohl: Du darfst zu keinem Menschen darüber sprechen! Auch deine Angehörigen nicht! Und der Arzt, der Richter, sie alle müssen darüber schweigen!“

Die Volkspflegerin von der evangelischen Mission schrieb nach der letzten Gerichtsentscheidung: „Es tut

mir leid, aber ich bin sicher, dass Sie stark genug sind, dies Opfer freiwillig für die Volksgemeinschaft zu bringen.“ Fridolin musste sich schließlich dem Eingriff unterziehen. Zu seiner großen Überraschung bekam er als Bett Nachbar seinen eigenen Vater - so wusste er, auch sein Vater war davon betroffen. Noch bis heute haben viele Gehörlose große Probleme über die erlittene Zwangssterilisation zu reden.

Verweigerte Ausbildung - grausamer Scherz

Zu den grundsätzlich verfolgten Opfern Nazi-Deutschlands gehören auch die Zeugen Jehovas, die den NS-Organisationen aus Glaubensgründen fern blieben, zudem nicht nur den Kriegsdienst verweigerten sondern auch den Hitlergruß. Der jungen Doris Kaltwasser wurde deshalb die gewünschte Ausbildung zur Kunstgewerblerin unmöglich gemacht. Beide Eltern wurden verhaftet. Über diese Zeit berichtet Doris: „*Ich habe in meinem Leben nicht mehr so viel geweint wie damals. Ich lernte aber auch, mich zu beherrschen und niemand wußte, was mit mir los war und wie es mir ging. Ich kann heute noch nicht ohne Kloß im Hals über die Besuche im Gefängnis sprechen. Den Vater im Gerichtsgefängnis, die Mutter im Frauengefängnis Preungesheim.*“

Die Mutter kam zwar nach relativ kurzer Zeit wieder frei, allerdings war die Armut der verbleibenden Familie unbeschreiblich. Außerdem standen sie unter der ständigen Überwachung durch die Polizei. Schließlich bekamen sie noch „besonderen“ Besuch: die Ge-

stapo und ein Vertreter Himmlers. Sie ließen sich den Haftverlauf des Vaters erzählen; Frankfurt-Hammelsgasse, Preungesheim, Walchum, Papenburg, Frankfurt-Gerichtsgefängnis, Dachau und Mauthausen. Doris berichtet darüber: „Diese Herren machten uns große Hoffnung, dass der Vater bald heim käme. Heute weiß ich, dass sie sich an unserem Leid ergötzen, denn der Vater kam heim, aber in einer Urne. Es waren nur Tage später, dass wir ein Telegramm erhielten mit dem Wortlaut: Ehemann heute im Lager verstorben näheres durch Polizei. Es war der 19. April 1940. Einen Tag vor Hitlers Geburtstag. Vor der so genannten Amnestie.“

Markige Reden gegen „jüdisch, bolschewistische Plutokratie“

Wie Kinder von Mitgliedern des politischen Widerstandes drangsaliert und isoliert wurden, wurde an den Beispielen von Artur Roth und Wolfgang Breckheimer verdeutlicht. Wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in der illegalen KPD waren Artur Roths Eltern zeitweise in Haft. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Für mich war dies eine schwere Zeit. Ich lebte bei meinen Großeltern. (...) Ostern 1933 kam ich in die Ackermann-Schule, eine Jungenschule. Wenn meine Mitschüler über ihr Elternhaus sprachen, zog ich mich zurück. Was hätte ich auch erzählen sollen. Mir war wohl klar, dass ich über die Verfolgung meiner Eltern nicht reden konnte. Das hatte zur Folge, dass ich sehr isoliert war. Da die meisten Schüler in der naheliegenden Siedlung wohnten, hatte ich mit niemand einen gemeinsamen Schulweg. Ich ging im-

mer allein in die andere Richtung.“

Wie in der Riederwaldschule der Machtantritt der Nazis sich auswirkte, beschreibt Wolfgang Breckheimer in seinen Erinnerungen: „In der Schule zog der Geist der Unduldsamkeit ein. Die Lehrer prostituierten sich vor den neuen Herren. Bei vielen Gelegenheiten, mussten die Schüler aller Klassen im Hof oder in der Aula antreten. Dann wurden markige Reden von der ‘nationalen Erhebung gegen jüdische, bolschewistische Plutokratie’ und ‘von der Befreiung vom Versailler Vertrag’ gehalten. Zum Schluss wurden das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Solange diese Lieder erklangen, musste die Hand zum Hitlergruß gehalten werden.“

Die Nürnberger Gesetze von 1935 stempelten Wolfgang Breckheimer zum „Halbjuden“ Seine Mutter Cäcilie wurde zu Beginn des Jahres 1943 nach Auschwitz deportiert. Im Sommer wurde die Familie benachrichtigt, dass Cäcilie Breckheimer an „allgemeiner Körperschwäche“ gestorben sei.

Vormilitärische Erziehung im Landschulheim Wegscheide

Generationen Frankfurter Schulkinder erinnern sich an ihren Aufenthalt im Schullandheim Wegscheide - an Natur und Wald, gute Luft, Abenteuer und Spiele. Kaum eines erfuhr jedoch etwas über die Geschichte der Wegscheide, obwohl dieser Ort wie kaum ein anderer die Geschehnisse des 20. Jahrhunderts zwischen Krieg und Frieden widerspiegelt. Nach dem ersten Weltkrieg in den Baracken des ehemaligen Truppenübungsplatzes errichtet,



Das Orchester der Wöhlerschule mit Lehrer Detlef Münkler bei ihrem Auftritt während der Gedenkveranstaltung am 26. Januar 2007 im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main.

bestand das Kinderdorf bis in den Sommer 1939. In der Weimarer Republik gehörte das Ehepaar Artur und Wilhelmine von Weinberg zu den Förderern der Wegscheide, er war Jude, sie Christin. Mit ihren Spenden wurden 1929 drei neue Häuser errichtet, eines bekam den Namen Wilhelmine-Haus, den es bis heute trägt. Vergessen ist der Leidensweg ihres Mannes, der 1943 in das KZ Theresienstadt deportiert wurde und dort verhungerte.

Was in den Jahren der Weimarer Republik noch Geländespiele und Naturromantik waren, wurde ab 1933 zur vormilitärischen Erziehung. Die „Wegscheide-Erziehung“ war eine Erziehung der Unterwerfung des Individuums unter die „Volksgemeinschaft“. Zur gleichen Zeit fanden in unmittelbarer Nähe des Kinderdorfes die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges

statt: Auf dem Bombenabwurfgelände Villbach-Lettgenbrunn erprobte die Luftwaffe die Wirkung neuer Bomben; sie sollten als erstes der Zivilbevölkerung von Guernica den Tod bringen, wenig später den Menschen in Warschau, Rotterdam, Coventry ...

Bereits im August 1939 übernahm die Wehrmacht das Kinderdorf und richtete in den Unterkünften das Kriegsgefangenenlager Stalag IX B Bad Orb-Wegscheide ein. Bis zu 25.000 Kriegsgefangene verschiedener Nationen waren hier interniert. Als im Dezember 1941 ein Transport mit 2000 sowjetischen Gefangenen eintraf, gab es für sie - von der Wehrmacht zu „Untermenschen“ erklärt - keine Unterkünfte. Sie mussten den harten Winter in selbstgegrabenen Erdhöhlen verbringen; Spuren dieser quer zum Hang gegrabenen Höhlen sind noch heute zu erken-

nen. Im Frühjahr 1942 waren 1430 dieser sowjetischen Gefangenen den auf Vernichtung zielenden Lagerbedingungen erlegen. An sie erinnert der „Russenfriedhof“ an der Straße nach Villbach-Lettgenbrunn.

Der Verein „Die Wegscheide mahnt, den Frieden sichern“ hat in den 1990er Jahren einen historischen Wanderweg angelegt: er führt u.a. zu einem Waldaltar aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, an dem die jungen Rekruten von evangelischen und katholischen Pfarrern „kriegsreif“ gepredigt wurden, zum bereits erwähnten „Russenfriedhof“ und zum Hindenburgstein. Die dort aufgestellte Tafel erinnert an die Rolle Hindenburgs bei der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Diese Tafel wird immer wieder beschmiert - wohl von den gleichen Personen, die es nicht lassen können, jedes Jahr zum Geburtstag des Generalfeldmarschalls Gebinde mit schwarz-weiß-roten Schleifen niederzulegen.

Lehrerin Frieda Löhnert - eine widerständige Frau

Zur Sprache kamen bei der Gedenkveranstaltung am 26. Januar einige von den wenigen Beispielen, wo antinazistisch eingestellte Lehrerinnen und Lehrer entweder direkten Widerstand leisteten oder wenigstens unauffällig



Gedenktafel an der Merianschule, die an die jüdischen Lehrkräfte Nelly Fuchs, Aron Albrecht und Carl Beicht erinnert, die von Nazi-Deutschland im KZ ermordet wurden.

versuchten, den bedrohten Schülern zu helfen. So überlebte Lehrerin Frieda Löhnert das KZ Ravensbrück. Sie musste nach dem Krieg um ihre Wiedereinstellung in den Schuldienst und darüber hinaus elf Jahre um ihre Anerkennung als politisch Verfolgte kämpfen. An der Merianschule erinnert seit 1989 eine Gedenktafel an drei von den Nationalsozialisten ermordete jüdische Lehrkräfte, denen Frieda Löhnert ihre Freundschaft bewahrte.

Frieda Löhnert kehrte im Sommer 1945 nach Frankfurt zurück. Das Schulamt bot ihr zunächst die Frühpensionierung an mit der diffamierenden Unterstellung, dass sie nicht den Eindruck mache, arbeiten zu wollen. Sie antwortete: „*Eine Pensionierung ist mir durchaus unerwünscht. Ich möchte nicht wegen meiner politischen Einstellung im Dritten Reich so Unsägliches gelitten haben und beinahe ums Leben gekommen sein, um nachher in der Demokratie kaltgestellt zu werden. Wenn ich mich ein Vierteljahr nach meiner Rückkehr noch nicht kräftig genug für den Dienst fühlte, so ist das nicht meine Schuld, sondern die Schuld derer, die*

mir zu zweieinhalb Jahren Gefängnis bzw. KZ verholpen haben, nachdem sie mich vorher schon jahrelang gehetzt hatten.“ Am 1. April 1946 konnte Frieda Löhnert wieder unterrichten.

1951 erhielt sie einen Bescheid von der Behörde, dass sie nicht „wiedergutmachungsberechtigt“ sei. Es dauerte noch elf Jahre, bis sie die Anerkennung als politisch Verfolgte und eine kleine Rente wegen des im KZ erlittenen Gesundheitsschadens erhielt. Sie starb 1979 im Alter von 85 Jahren; sie hatte verfügt, dass auf ihrem Grabstein auf dem Hauptfriedhof der Ort ihrer KZ-Haft - Ravensbrück - und ihr Beruf - Lehrerin - Zeugnis für ihr widerständiges Verhalten und die erlittene Verfolgung ablegen.

Lieder aus dem Widerstand

Den musikalischen Teil der Gedenkfeier gestaltete das Orchester der Wöhler-Schule unter Leitung von Musiklehrer Detlef Münkler. Sie spielten drei Lieder: ein Lied der Zeugen Jehovas, das in einem Außenkommando des KZ Neuengamme entstanden ist, das Lied aus dem Widerstand „Mein Vater ist gefangen“ und zum Abschluss der Veranstaltung das Buchenwaldlied, das alle Gefangenen vereinte in der Hoffnung auf ihre Befreiung.

*Dieser Beitrag beruht auf Texten, die erarbeitet und am 26. Januar 2007 vorgetragen wurden von Ulla Dieckmann, Sabina Kirsch, Erika und Günther Krämer, Ursula Krause-Schmitt, Elisabeth Leuschner und Willi Malkomes.
Zusammenstellung:
Hans Hirschmann*

*Mein Vater wird gesucht,
er kommt nicht mehr nach Haus.
Sie hetzen ihn mit Hunden,
vielleicht ist er gefunden -
und kommt nicht mehr nach Haus*

*Oft kam zu uns SA
und fragte, wo er sei.
Wir konnten es nicht sagen,
sie haben uns geschlagen,
wir schrien nicht dabei.*

*Die Mutter aber weint,
wir lasen im Bericht,
der Vater sei gefangen
und hätt' sich aufgehangen -
das glaub' ich aber nicht.*

*Er hat uns doch gesagt,
so etwas tät' er nicht.
Es sagten die Genossen,
SA hätt' ihn erschossen -
ganz ohne ein Gericht.*

*Heut' weiß ich ganz genau,
warum sie das getan.
Wir werden doch vollenden,
was er nicht konnt' beenden -
und Vater geht voran!*

Das Lied „Mein Vater wird gesucht“ wurde 1935 oder 1936 (unterschiedliche Quellenangaben!) von dem Laiendichter Hans Drach verfaßt, der den Text zur Vertonung an die nach Prag emigrierte Komponistin Gerda Kohlmey sandte. Es wurde im deutschen Untergrund, vor allem aber von Emigranten im Exil gesungen. Es wurde mit Noten in der zu diesem Zeitpunkt ebenfalls bereits nach Prag emigrierten „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ veröffentlicht und so unter den AntifaschistInnen vieler Länder verbreitet. In der Bundesrepublik fand es durch politische Musikgruppen wie Zupfgeigenhansel Verbreitung.

Nur die Sterne waren wie gestern

Begegnung mit Henryk Mandelbaum

Nach meinem ersten Arbeitstag wollte ich nicht mehr leben. Ich habe in der Nachtschicht gearbeitet. Für das, was ich in dieser Nacht erlebt habe, gibt es keine Worte. Nach dieser Nacht war die Welt nicht mehr die vom Tag davor, mein Leben war nicht mehr das alte. Ich war nicht mehr der von gestern. Nur die Sterne waren wie gestern. Sie waren mein einziger Trost.

Henryk Mandelbaum

Henryk Mandelbaum war Häftling im jüdischen Sonderkommando im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Ihm ist die Ausstellung „Nur die Sterne waren wie gestern“ gewidmet, die im Januar dieses Jahres im evangelischen Gemeindehaus Rodgau-Dudenhofen bei Frankfurt zu sehen war. Henryk Mandelbaum war bei der Eröffnung anwesend und hat zudem bei zwei weiteren Terminen in der Umgebung über „seine Arbeit“ im Sonderkommando erzählt.

Dieses Kommando des Grauens musste die Leichen der ermordeten Opfer aus den Gaskammern zerren, sie in den Krematorien oder auf Scheiterhaufen verbrennen; vorher waren ihnen die Haare abgeschnitten und die Goldzähne zur weiteren „Verwertung“ herausgebroschen worden.

Die Ausstellung stellt den Menschen Mandelbaum in den Mittelpunkt. Sie macht die Wirkung von Geschichte und Politik auf ein menschliches Einzelschicksal sichtbar. Gezeigt wird, wie Henryk Mandelbaum vor dem Krieg mit seiner Familie lebte, der kurze, schreckliche Weg der jüdischen Familie von einem normalen Leben in Verachtung, Verfolgung und Vernichtung; gezeigt wird, wie der junge Mandelbaum in sein eigenes Leben trat, was die Nazis ihm angetan haben und wie er aus der Einsamkeit seines Leidens ins Leben hat zurückfinden können.

Die Ausstellung ist in deutsch-polnischer Kooperation entstanden und wurde 2005 in Oswiecim zum ersten Mal gezeigt. Beteiligt sind das Bil-



Näheres zur Wanderausstellung im Internet unter www.bildungswerk-ks.de. Der Katalog „Nur die Sterne waren wie gestern - Henryk Mandelbaum, Häftling im Sonderkommando von Auschwitz 1944/1945“ (ISBN 3-00-018142-3) ist im Buchhandel oder beim Bildungswerk Stanislaw Hantz (Kassel) zum Preis von 12.50 Euro erhältlich.

dungswerk Stanislaw Hantz aus Kassel, die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz und der Verein gegen Vergessen für Demokratie. Die Wanderausstellung wurde konzipiert von der Buchautorin Karin Graf („Zitronen aus Kanada, das Leben des Stanislaw Hantz“), die auch mehrere Studienfahrten der LGA geleitet hat, der Hamburger Historikerin und Politologin Tina Henkel sowie dem Kasseler Fotografen Andreas Dahlmeier.

Als ich Henryk Mandelbaum bei der Eröffnung der Ausstellung erlebt habe, war dies für mich ein sehr bewegender und beglückender Moment, diesen trotz seiner grauenhaften Lebenserfahrungen so liebenswürdigen und humorvollen Menschen persönlich kennenzulernen und mich im Anschluss an seinen Vortrag mit ihm unterhalten zu können.

Seinen Glauben an Gott hat er, wie er sagte, in der Hölle von Auschwitz verloren. Und doch empfand ich bei unserem Gespräch eine unzerstörbare Hoffnung und ein unzerstörbares menschliches Urvertrauen bei ihm. Auch seine humorvollen, teils witzig-sarkastischen Bemerkungen während des Vortrags haben mich beeindruckt. Glücklicherweise bin ich, dass er mir das Standardwerk über das Sonderkommando (das von Eric Friedler, Barbara Siebert und Andreas Kilian herausgegebene Buch „Zeugen aus der Todeszone“) persönlich signiert hat.

Ich habe ihn eingeladen, uns bei der diesjährigen Studienfahrt vom 19. bis 24. August nach Auschwitz als Zeitzeuge zu begleiten, was er, wie er mir sagte, gerne tun werde. Ich bin guter Dinge und freue mich auf ein Wiedersehen.

Gerhard Herr

Neues Denkmal in Zgorzelec

Mit viel Ausdauer und Engagement ist es dem Club der ehemaligen KZ-Häftlinge in Zgorzelec gelungen, dass das von ihren Mitgliedern projektierte Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit in der Stadt realisiert wurde. Die LGA gratuliert zu diesem Erfolg. Club-Präsident Stanislaw Hantz hier mit einem Foto des neuen Denkmals.



IAK besorgt über Anstieg rechter Gewalt

Bald keine nachhaltige Opferberatung mehr möglich

Das Bundesinnenministerium hat den brisanten Rekord offiziell bestätigt: Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat mit mehr als 18.000 Delikten im vorigen Jahr einen Höchststand erreicht. Verglichen mit 2005 stieg die Zahl der rechten (Un)Taten um 14 Prozent. Für 2006 sei „der bisher höchste Stand politisch rechts motivierter Straftaten zu verzeichnen“, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums der Berliner tageszeitung (taz). Demnach ist nicht nur die Zahl der sogenannten Propagandadelikte weiter in die Höhe geschneit sondern auch die Gewalt von rechts - um acht Prozent auf rund 1.100 Übergriffe. Das heißt: Im Durchschnitt ereigneten sich in Deutschland täglich drei rechtsextreme Gewaltdelikte.

Bei der Generalversammlung des Internationalen Auschwitz-Komitees (IAK) in Oswiecim erläuterte Diethardt Stamm vom Vorstand der Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzler (LGA), diese statistischen Zahlen an Hand von konkreten Beispielen. Er berichtete, wie NPD und andere rechtsextremistische Gruppen in der Wetterau auftreten und sich Einfluss verschaffen (siehe Bericht auf S. 8). Dies fand auch Eingang in eine am 23. April 2007 veröffentlichte Presseerklärung des IAK zur Generalversammlung: „Neben Fragen der zukünftigen pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte Auschwitz und der Unterstützung und Betreuung der Überlebenden in vielen Ländern wurde mit großer Besorgnis über den Anstieg

von Rechtsextremismus und Antisemitismus in Europa und die Rolle der neofaschistischen NPD bei der Vereinigung der rechtsextremen Kräfte in Deutschland diskutiert: *„Die Rolle der NPD ist absolut alarmierend. Für uns ist es inakzeptabel, dass einer Partei, die ihre Gegner mit Gewalt bedroht und Freiheit und Demokratie beseitigen will, von der Gesellschaft ein solcher Aktionsrahmen zugebilligt wird“*, betonte Noach Flug, alter und neu gewählter Präsident des IAK.“

Die LGA sieht einen Zusammenhang des Anstiegs von rechten Gewalttaten und politischen Versäumnissen der Bundesregierung sowie der Landesregierungen. So fehlte es beispielsweise an politischem Willen, bestehende Projekte der Opferberatung gegen rechts dauerhaft finanziell abzusichern. Die eigentlich erfolgreichen Projektträger mussten Mitarbeiter kündigen und mühsam aufgebaute Infrastrukturen preisgeben.

Dies gab rechten

Gewalttätern und ihren offenkundigen wie klammheimlichen Gesinnungsfreunden Auftrieb.

Nach Protesten sah es so aus, als würde ein vom Bundesfamilienministerium mit 5 Millionen Euro ausgestattetes Beratungskonzept einen Neuanfang oder eine teilweise Weiterarbeit ermöglichen. Der Entwurf für die Umsetzung macht diese Hoffnung jedoch zunichte. Anders als die bisherigen Beratungsteams, sollen nun „mobile Kriseninterventionsteams“ nicht mehr langfristig arbeiten, sondern „anlassbezogen“ und „zeitlich befristet“ um Hilfe

Rekord rechter Gewalt
18.000 rechtsextreme Delikte im vergangenen Jahr registriert. Täglich drei gewaltdächtige Übergriffe

BERLIN taz/dpa ■ Der Trend gebericht des Bundeskriminalamtes von Mitte März. Sie bezeichnen sich seit Monaten ab. halten auch Es ist die die Polizei nun hat das Bundesinnenminis-

Aus: die tageszeitung, vom 28. März 2007

rufende Kommunen beraten. Sie sollen jedes Mal neu zusammengestellt werden - je nach Anlass mit Juristen, Psychologen und Polizisten besetzt.

Lorenz Korgel, Koordinator der Mobilen Beratungsteams ist überzeugt, dass die geplanten kurzfristigen Feuerwehreinsätze gegen rechts zum Scheitern verurteilt sind. „Die Leute in den betroffenen Orten wollen niemanden, der einfliegt, ihnen sagt, wie man es besser macht, und dann wieder abhaut“, warnt er. „In einer so kurzen Zeit wird niemand mit dir kooperie-

ren.“ Dem stimmt auch Karl-Georg Ohse, Leiter des Mobilen Beratungsteams Schwerin, zu: „Kurzfristige Kri-seneinsätze sind kein probates Mittel gegen die Faschisierung der Provinz“, sagt er.

Auch die Wissenschaftler, von denen die Modellprojekte begleitet und beurteilt worden sind, waren bei der Entwicklung des Entwurfs nicht beteiligt. Der Bielefelder Politologe Armin Steil sagte der taz: „Wir empfehlen, mehr auf Kontinuität zu setzen“.

Hans Hirschmann

Integriert - interessiert - deportiert

Integriert - interessiert - deportiert. So lautet der Untertitel einer Skizze über Alfred Hahn, einen ehemaligen Direktor der Dresdner Bank. Er wurde 1873 in Berlin geboren, war sehr an Kunst interessiert, wurde 1942 mit Ehefrau Clara nach Theresienstadt deportiert. Beide sowie auch viele Familienangehörige wurden Opfer des Holocaust. So hatten weder Tochter Else noch Schwiegersohn Alfred Werthan als Gehörlose nach ihrer Ankunft in Auschwitz 1943 eine Überlebenschance.

Viel Sichtbares ist von Alfred Hahn nicht geblieben - außer seinem Haus am Wannsee und einem nicht auffindbaren Liebermann-Gemälde. Zumindest Teile seines Schicksals und dem weiterer Angehöriger hat seine Urgroßnichte Sophie-D. Fleisch recherchiert und in der von der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum herausgegebenen Reihe „Jüdische Miniaturen“ veröffentlicht. Sie kann dabei Bezüge zu der vor noch nicht allzu langer Zeit veröffentlichten Studie über die Dresdner Bank herstellen. „Hahns Karriere - vom einfa-



Clara, Else und Alfred Hahn im Jahr 1933

chen Lehrling bis zum angesehenen Direktor - und deren abruptes Ende machen die unausweichliche Verknüpfung des Einzelschicksals mit gesellschaft-

lichen Geschehnissen nachvollziehbar“, urteilt Hermann Simon, Herausgeber der „Miniaturen“-Reihe. Sophie-D. Fleisch hat anonymen Zahlen in Arisierungsakten konkrete Namen von Opfern und Tätern zugeschrieben. So kann sie die unmittelbare Verantwortung Albert Speers für die

Deportation der Geschwister Hahn nachweisen sowie allgemein das Zusammenwirken von Behörden und Unternehmen bei der „Vermögensverwertung“. Sophie-D. Fleischs „Miniatur“ sollte nicht zuletzt auch als Anregung und Aufforderung verstanden werden, die Suche nach Verwandten nicht aufzugeben, so Hermann Simons Wunsch im Nachwort des Bandes.

Sophie-D. Fleisch: Alfred Hahn (1873-1942), Berlin 2006, 5,90 Euro, ISBN 3-938485-30-2. Weitere Informationen zu Alfred Hahn und der Autorin: www.sdfleisch.de.

Michael Teupen vom „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ in Köln berichtete bei der Generalversammlung des Internationalen Auschwitz-Komitees im April 2007 in Oswiecim über die Versuche, bei der Bundesregierung Einfluß zu nehmen, dass NS-Opfern eine Verfolgten-Rente zuerkannt wird. Der „Bundesverband“ wurde 1990 von verschiedenen NS-Verfolgtenverbänden, Pax Christi und der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste gegründet. Die Gelder der vielen komplizierten Gesetzesregelungen und Härtefonds sind derart gut „versteckt“, dass viele Opfer keine Wege durch die bundesdeutsche Bürokratie fanden, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Hier ist der Bundesverband für alle Opfergruppen kompetenter Ansprechpartner. Internetauftritt: www.nsberatung.de.

Verfolgten-Rente auch für NS-Opfer gefordert

Die Bundesrepublik Deutschland ist staatlicher Nachfolger des Dritten Reiches sowie seit 1990 auch Nachfolger der DDR. Dass die Bundesregierungen seitdem versuchen, das Unrecht, das in der DDR den von der Stasi verfolgten Menschen zugefügt wurde, als unrechtmäßig anzuerkennen und „zumindest materiell wieder gutzumachen“, ist zu begrüßen. Mit Blick auf die NS-Opfer ist jedoch zu fragen, warum diesen es unendlich schwerer gemacht wurde und wird, materiell entschädigt zu werden. Feststellbar sind gravierende Unterschie-

de, die in keiner Weise zu rechtfertigen sind.

Deutschland hat während der NS-Zeit die Verfolgung und den Völkermord geradezu zur Staatsdoktrin erhoben, zudem einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun gebrochen, der Millionen Todesopfer forderte. So schlimm Einzelschicksale von Verfolgten des DDR-Staates auch waren, so wäre es doch perfide, Opfer des NS-Regimes und solche der DDR gegeneinander aufzurechnen.

Nun sind aber bei „Wiedergutmachungsleistungen“ die Opfer des SED-

Regimes deutlich besser gestellt als NS-Opfer. Dies werde erneut deutlich bei der von der CDU-SPD-Bundesregierung geplanten Gesetzesnovelle, wie Michael Teupen vom „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ bei der Generalversammlung des Internationalen Auschwitz-Komitees erläuterte. Dabei betonte er ausdrücklich, dass die Entschädigung von SED-



Ehemalige Häftlinge bei der Kranzniederlegung im Hof von Block 11 vor der Todeswand. Vordere Reihe v. links: Kazimierz Albin, Tadeusz Sobolewicz, Noach Flug, Henryk Mandelbaum.

Unrecht zu begrüßen ist. Gleichzeitig hob er jedoch kritisch hervor, dass bei den derzeit erörterten Voraussetzungen sowie der in Aussicht gestellten Höhe von Rentenzahlungen an Anspruchsberechtigte „die erneute Benachteiligung der Opfer des NS-Regimes deutlich“ zu Tage trete.

Opfern des SED-Regimes soll nach den bisher zur Diskussion stehenden Plänen eine Rente von 250 Euro monatlich zugesprochen werden. Voraussetzung ist, dass mindestens sechs Monate Freiheitsentzug vorliegen, der aus nicht rechtsstaatlichen Gründen erfolgt war.

Die geplante Gesetzes-Novelle müsse im Zusammenhang mit den beiden ersten Gesetzen zur Unrechtsbeseitigung des SED-Regimes gesehen werden, führte Teupen weiter aus. Diese zuletzt 1999 geänderten Gesetze schreiben Ansprüche hinsichtlich einer strafrechtlichen, einer beruflichen und einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation fest. So erhält zum Beispiel wer zu Unrecht Freiheitsentzug erlitten hat, einen Betrag von 600 D-Mark pro Haftmonat. Für haftbedingte Gesundheitsschäden wird eine Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz gewährt. Bei beruflichen Benachteiligungen ergeben sich zudem Folgeansprüche und weitere rentenrechtliche Begünstigungen.

Inwieweit die NS-Opfer gegenüber den Opfern des DDR-Regimes benachteiligt sind, machte Michael Teupen mit folgender Auflistung deutlich:

NS-Opfer haben erhalten:

- Für einen Monat Haft Entschädigung in Höhe von 150 DM
- keine Rentenzahlung
- Gesundheitsschadensrente nach dem Bundesentschädigungsgesetz

(BEG) **nur** bei einer verfolgungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 25 Prozent

- Keine Rente für berufliche Schäden sondern höchstens eine Einmalzahlung
- Keine Berücksichtigung im Bundesversorgungsgesetz
- Heil und Krankenbehandlung, z. B. Anspruch auf Kurmaßnahmen (zurzeit **nur** möglich bei Nachweis der Kausalität)
- Gesetzlich zugesicherte ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Wenn es zu einer tatsächlichen Gleichstellung der materiellen Entschädigung und Wiedergutmachung der Opfergruppen kommen soll, müsste eine rückwirkende angemessene Rentenzahlung für die Opfer des NS-Regimes gefordert werden - und zwar mit Ansprüchen, **die vererbbar sind**, bekräftigte Michael Teupen gegenüber den überlebenden KZ-Häftlingen bei der IAK-Versammlung.

Als Rechenbeispiel führt er an: Rente seit 1960 in Höhe von 250 DM monatlich, 562 Monate x 250 DM = 138.000 DM, ca. 69.000 Euro. „Da eine solche Forderung eher nicht durchsetzbar ist, ist zumindest die sofortige tatsächliche Gleichbehandlung der Opfergruppen zu verlangen“, betont Teupen. Dies würde heißen, dass NS-Opfer zwar nicht rückwirkend eine Rente erhalten, aber zumindest ab dem Zeitpunkt, zu dem den SED-Opfern eine zugesprochen wird.

Die Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzter schliesen sich diesen Ausführungen und Forderungen mit Nachdruck an.

Hans Hirschmann

Studienreise nach Auschwitz

Für unsere Studienfahrt nach Auschwitz vom 19. bis 24. August 2007 können sich Interessenten noch anmelden. Die Teilnehmer treffen sich am Sonntag, 19. August, in Frankfurt/Main mit Janusz Mlynarski (Auschwitz-Häftling Nr. 355). Am Abend erfolgt der Abflug nach Krakau. In Polen finden Treffen mit den ehemaligen Häftlingen Kazimierz Albin (Nr. 118), Tadeusz Sobolewicz (Nr. 25053), Henryk Mandelbaum (jüdisches Sonderkommando), Josef Paczynski (Nr. 121) und Prof. Henryk Pierzchala (Nr. 152904) statt. Die Fahrt wird geleitet von den Vorstandsmitgliedern Albrecht Werner-Cordt und Gerhard Herr. Die Teilnahme kostet 450 Euro, plus Kosten für eine Übernachtung in Krakau. Anfragen per E-Mail unter der Adresse werner-cordt@lagergemeinschaft-auschwitz.de. Informationen zu LGA-Studienreisen im Internet: www.lagergemeinschaft-auschwitz.de.

Mitgliederversammlung

Die Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzer lädt für Samstag, 22. September, um 15 Uhr zur Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands in die Ton- und Bildstelle der EKHN, Rechneigrabenstraße 10 in Frankfurt am Main, ein. Persönliche Einladungen an die Mitglieder folgen. Auch interessierte Nicht-Mitglieder sind willkommen.

Ausstellung im Hochbunker Friedberger Anlage 5/6 in Frankfurt/Main Ostend - Blick in ein jüdisches Viertel

Diese ursprünglich im Jüdischen Museum gezeigte Ausstellung ist in einer verkleinerten Version im Geschichtsbüro Friedberger Anlage im Hochbunker zu sehen. Der 1942 errichtete Bunker steht auf den Fundamenten der größten Frankfurter Synagoge, die am 10. November 1938 zerstört und später abgerissen wurde. Die „Initiative 9. November“ bemüht sich, diesen Ort zu einem Ort der Erinnerung, des Lernens und der Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart zu machen.

Die Ausstellung ist geöffnet sonntags von 11 bis 14 Uhr. Führung jeweils ab 11.30 Uhr oder für Gruppen und Schulklassen auch nach telefonischer Vereinbarung mit dem Jüdischen Museum, Telefon (069) 21238804. Eintritt 2 Euro, Führung zusätzlich 1,50 Euro.

Die „Initiative 9. November“ bereitet für den 29. und 30. September 2007 ein Symposium zum zukünftigen Nutzungskonzept des Bunkers vor. Weitere Informationen demnächst im Internet: www.synagoge-friedberger-anlage.de.

Stoppt Nazi-Aufmarsch am 7. Juli in Frankfurt

Neo-Nazis haben für Samstag, 7. Juli 2007, eine Großdemonstration in Frankfurt am Main angemeldet. Zu Gegenaktionen haben das Römerbergbündnis sowie die Anti-Nazi-Koordination aufgerufen. Infos im Internet (www.nogonazi.de.vu/). Auf aktuelle Entwicklungen bitte auch in den Tageszeitungen achten.